№ 31 B 15 Abend-Ausgabe

Berlin

Montag, 19. Januar 1925 V

Vossische Zeitung

10 Pfennig

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600–3693, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686–3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Linkserfolg im Lande Lippe.

Starker Rückgang der Deutschen Volkspartei.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

* **Detmold**, 19. Januar.

Die Landtagswahlen in Lippe haben einen starken Stimmenzuwachs der Linken und einen beträchtlichen Rückgang der Rechtspartei gebracht. Besonders schlecht hat die Deutsche Volkspartei abgeschnitten, der das Zentrum diesmal seine Stimmen zugeführt hat, in der Hoffnung, auf diese Weise zu einem Mandat zu gelangen. Trotzdem hat die Deutsche Volkspartei nicht, wie zu erwarten, ein Mandat gewonnen, sondern eins verloren, und das Zentrum, dessen Vertreter an der fünften Stelle der volksparteilichen Liste stand, ist leer ausgegangen. Gegenüber der Reichstagswahl vom 7. Dezember haben die Linksparteien 6000 Stimmen gewonnen, die Rechtsparteien 3000 verloren. Insgesamt brachten es die Linksparteien auf 45 000, die Rechtsparteien, einschließlich des Zentrums, auf 41 000 Stimmen.

Der neue Landtag setzt sich zusammen aus 10 Vertretern der Linken (8 Sozialdemokraten, 1 Demokraten, 1 Gewerkschaftler), 3 Volksparteilern und 6 Deutschnationalen, sowie 1 Kommunisten und dem Vertreter einer Sonderliste, an deren Spitze der Besitzer der „Lippeschen Landeszeitung" des führenden liberal-demokratischen Blattes, stand.

Die Rechtsparteien hatten nach dem Ergebnis der Reichstagswahl die sichere Hoffnung, die Mehrheit im Landtag zu erreichen. Diese Erwartung ist enttäuscht worden. Die Linke hat zehn, die Rechte neun Mandate. Durch diese Sonderliste erklärt es sich, daß die Demokraten ein Mandat weniger erhalten. Bedauerlich ist, daß das Zentrum nicht seine Stimmen der Linken zugeführt hat. In diesem Falle wäre die Niederlage der Rechtsparteien auch in der Mandatsziffer einwandfrei zum Ausdruck gekommen. Jedenfalls würde die Berufung einer Rechtsregierung der Stimmung im Lande, wie sie in den Wahlen zum Ausdruck kommt, völlig widersprechen.

Regierungserklärung um 6 Uhr

Der Finanzminister noch nicht ernannt.

Der neue Reichsfinanzminister ist noch nicht ernannt. Ob er auch nicht schon gefunden ist? Reichskanzler Dr. Luther hat, nachdem Dr. Saemisch zum zweiten Male abgelehnt hat, noch mit anderen Persönlichkeiten verhandelt, und es wird versichert, daß bis Nachmittag die Ernennung des neuen Reichsfinanzministers, vielleicht auch die des Reichsverkehrsministers, vollzogen sein wird — wenn nicht inzwischen eine neue Absage neue Schwierigkeiten schafft. Aber das Kabinett will der Reichskanzler heute nachmittag auf jeden Fall dem Reichstage vorstellen, ohne Rücksicht darauf, ob es vollständig ist oder nicht. Eine zweite Verschiebung der Regierungserklärung soll auf keinen Fall stattfinden, sie wird in der heutigen Reichstagssitzung, deren Beginn wieder auf 6 Uhr angesetzt ist, abgegeben werden.

Spaniens Marokkoziele.

Die neue Verteidigungslinie.

Bericht für die „Vossische Zeitung".

* **Madrid**, Mitte Januar.

In Marokko veränderte der Rückzug des Heeres der Westzone (Larache—Tanger—Tetuan—Ceuta) nicht nur die strategische Lage, sondern auch die politische, mit Auswirkungen internationaler Art, die bekannt sind. Es war damit so weit gekommen, daß bereits von einer Entsendung englischer Truppen nach Tanger gesprochen wurde, was sich dann als falsch herausstellte; wie überhaupt die Darstellung der gesamten gegenwärtigen Marokko-Affäre in der europäischen Presse geflissentlich oder aus Unkenntnis entstellt wurde.

Augenblicklich beschränken sich die Kämpfe in Marokko hauptsächlich auf die Gegend von Larache, und das Gebiet der Kabylen von Anjera, im Bergland zwischen der internationalen Zone von Tanger, und Tetuan und Ceuta. Die allgemeine Lage ist andauernd ernst; doch scheinen die insgeheim mit vielen Häuptlingen gepflogenen Verhandlungen und teils geldlichen Vereinbarungen wenigstens für eine Zeit lang zum Ziele zu führen.

Der Umstand, daß Tanger und sein Gebiet nicht unter spanischer Vorherrschaft steht, ist für die Durchführung des Plans Primo de Riveras sehr hinderlich, weil die genannte internationale Zone stets Feinde im Rücken läßt, die sich nach Gutdünken bewegen können. Mit Recht hat die spanische Presse bei jeder Gelegenheit gefordert, daß Tanger spanisch werden müsse; bekanntlich aber ist das keineswegs gelungen. In Tanger sollte am 1. Januar dieses Jahres ein neues internationales Statut in Kraft treten, das für die Untertanen aller Länder gleiche Gültigkeit hätte. Italien jedoch hat sich bisher der zwischen England, Frankreich und Spanien getroffenen Vereinbarung nicht angeschlossen, und fordert für seine Unterschrift gewisse Vorteile in Algerien von Frankreich, worüber bis heute noch keine Einigung erzielt wurde. Desgleichen haben auch die Vereinigten Staaten von Nordamerika ihr Einverständnis nicht erteilt; und so trat das Abkommen zum Leidwesen der Einwohner von Tanger nicht in Geltung. Im übrigen soll die Verwaltung der internationalen Stadt einer aus Franzosen, Engländern und Spaniern bestehenden Kommission übertragen werden, die unter dem (selbstverständlich nicht einflußreichen) Vorsitz eines Abgeordneten des Sultans in Fez arbeiten soll.

Die neue spanische Verteidigungslinie soll aus kleinen festen und starkbewaffneten Stellungen bestehen, die nur etwa 100 Meter von einander entfernt sein werden. Besetzt gehalten wird Afrikas Nordspitze gegenüber von Gibraltar, also die Gegend von Ceuta bis Tetuan und dessen unmittelbares Gebiet; ferner die Landstraße nach Tanger zu, sowie ein schmaler Strich an der Küste des atlantischen Ozeans bis südlich von Larache, als Schutz der Eisenbahnverbindung Tanger-Fez. Bei Melilla wird ebenfalls nur ein kleiner Gebietsteil fest in spanischen Hand bleiben; alles übrige wird den Marokkanern überlassen, vorausgesetzt auch die teils schon durchgeführte Eroberung dieser weit ausgedehnten Landesstreden tausende von Menschenleben gefordert hat. Als Besatzungstruppen sollen in erster Linie in reichem Maße angeworbene Eingeborene Verwendung finden, sowie auch spanische Freiwillige, und die Fremdenlegion, das „Tercio de Extranjeros".

Sämtliche Stämme der besetzt gehaltenen Gebiete sollen völlig entwaffnet werden, womit auch bereits begonnen worden ist. Diese Stämme erhalten einen Schein zugewiesen, der für sie verantwortlich sein soll; scharfe Ueberwachung soll vor Verrat schützen. Die Angehörigen der nicht unterworfenen Stämme dürfen die Linien nicht überschreiten; jeglicher Handel mit ihnen bleibt untersagt. Die Märkte der nicht Unterworfenen werden durch Bombenflieger, dem Wunsche und der Theorie nach, unmöglich gemacht werden; desgleichen ihre Feldarbeiten. Man will sie, wie schon bekannt, durch eine „friedliche" Blockade zwingen, sich unter spanischen Schutz zu stellen und die Feindseligkeiten abzubrechen.

Europäer verschiedener Nationen kämpfen auf Seiten der Marokkaner. Sicher ist vor allem, daß die panislamitische Bewegung dem ehrgeizigen Abd-el-Krim nicht nur moralische, sondern auch tatsächliche Unterstützung entgegenbringt. In der islamitischen Welt nimmt man die zweifellos errungenen Erfolge des „Rif-Sultans" mit heller Begeisterung auf; was nebenbei bemerkt den Staaten England und Frankreich, die so viele mohammedanische Untertanen haben, nicht gleichgiltig sein kann. Abd-el-Krim galt während des Krieges als erklärter Deutschenfreund; und er soll versucht haben, die maurischen Stämme gegen Frankreich aufzuwiegeln. Wegen dieser Umtriebe wurde er auf Drängen der Alliierten hin — so heißt es — von den Spaniern in Festungshaft gelegt, aus der er entwich.

Die Verluste, die die spanischen Truppen, vor allem während des Rückzugs von Schefchauen auf Tetuan erlitten haben, wurden sehr übertrieben berichtet. Wahr ist, daß mehrere Tausend Mann der Nachhut teils umzingelt wurden, viele in Gefangenschaft gerieten, und zwischen 600 und 800 den Tod fanden, dazu etwa fünfzig Offiziere. Im übrigen werden keinerlei Verlustlisten herausgegeben; nur einzelne Meldungen, immer beschönigender Fassung. Der Tod höherer Offiziere kann freilich nicht verheimlicht werden. Die Stärke

Stahlhelm gegen Reichspräsident

Eine Magdeburger Resolution.

* **Magdeburg**, 19. Januar.

Der „Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten", hält hier einen „Frontsoldatentag" ab, mit dem üblichen Gepränge der „Deutschen Tage". Der Zweck der Uebung war offenkundig ein neuer Vorstoß gegen den Reichspräsidenten an dem Orte des Magdeburger Urteils. Die Mitgliederversammlung nahm nach einem Vortrage des Bundesvorsitzenden Seldte, der übrigens persönlich der Deutschen Volkspartei angehört, folgende Entschließung an:

„Die deutschen Frontsoldaten haben mit Entrüstung wahrgenommen, in welch gewissenloser Weise die sozialdemokratische und demokratische Presse in das schwebende Gerichtsverfahren wegen Landesverrats des Reichspräsidenten Ebert einzugreifen versucht haben. Die deutschen Frontsoldaten haben ein hervorragendes Interesse an einer einwandfreien und unparteiischen Feststellung, ob an dem landesverräterischen Munitionsarbeiterstreik des Jahres 1917, den zahlreiche Frontkameraden mit dem Tode, Verwundung und Gefangenschaft büßen mußten, der jetzige höchste Reichsbeamte beteiligt gewesen ist. Wir lehnen aber jede Beeinflussung des schwebenden Gerichtsverfahrens ab. Dagegen erwarten wir, daß nach bewährter Tradition preußischer Justiz das nunmehr zuständige Gericht auch vor der Person des Reichspräsidenten nicht Halt macht, wenn das Verfahren ergibt, daß er während des Weltkrieges Landesverrat begangen hat. Die alten Frontsoldaten erwarten mit Bestimmtheit, daß durch gesetzgeberische Maßnahmen schärfer als bisher Landesverratsvergehen bestraft werden. Landesverrat ist das fluchwürdigste aller Verbrechen. Unter seinen Folgen leidet das ganze Volk. Es darf auf diesem Gebiet weder aus politischen, noch aus pazifistischen Gründen eine mildere Auffassung zugelassen werden."

*

Der „Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten", trägt eine irreführende Firma. Man geht nicht fehl, wenn man von mindestens der Hälfte seiner Angehörigen behauptet, daß sie niemals die Front gesehen haben. Noch weit größer ist der Prozentsatz der Frontsoldaten, die nichts mit diesem Bund zu tun haben. Großsprecherische Namen sind bei Vereinen solcher Art keine Seltenheit, und es gibt keinen Rechtsbehelf, mit dem die Frontsoldaten sich gegen den Mißbrauch durch den Stahlhelm wehren könnten. Um so notwendiger ist es, daß in der Oeffentlichkeit immer wieder ausgesprochen wird, daß sich der Stahlhelm zu Unrecht als Repräsentant der Frontkrieger bezeichnet.

Zum Stahlhelm gehören zahlreiche Leute, die sich um seine gegenrevolutionären Bestrebungen wenig bekümmern. Kommt man in ein ostelbisches Dorf, so kann man hören, daß die Bauernsöhne, sobald sie das gesellschaftsfähige Alter erreicht haben, selbstverständlich in den „Stahlhelm" eintreten, der meist unter der Leitung des Dorfmagnaten, des Rittergutbesitzers oder sonst einer einflußreichen Persönlichkeit, steht, der oft wenig mit kriegerischen Dingen zu tun hatte.

Hiernach darf man auch die Resolution, die gestern der Stahlhelm auf dem sogenannten „Frontsoldaten-Tag" in Magdeburg gegen den Reichspräsidenten gefaßt hat, nicht als eine Angelegenheit von großer politischer Bedeutung betrachten. Der Frontsoldaten-Tag hat, durch Sachkenntnis nicht getrübt, von einem „Verfahren wegen Landesverrat des Reichspräsidenten" gesprochen und in dreister, leichtfertiger Weise die Erwartung kundgetan, daß „das nunmehr zuständige Gericht auch vor der Person des Reichspräsidenten nicht halt macht, wenn das Verfahren ergibt, daß er während des Krieges Landesverrat begangen hat."

Immerhin ist die Entschließung bezeichnend für die Mentalität der rechtsstehenden Kreise. Ohne sich über die Zusammenhänge zu orientieren, beschimpfen sie den ersten Beamten der deutschen Republik, bedenkenlos gegenüber den gefährlichen Wirkungen, die ein solches Verhalten im Inund Ausland haben kann. Der Verein mit dem anspruchsvollen Titel könnte, darin liegt die größte Gefahr, bei Jugendlichen als Repräsentant einer Generation deutscher Männer aufgefaßt werden, die maßgebend für die deutsche Politik sind. Man kann sich nicht wundern, wenn unter diesen Umständen in Frankreich die Kreise den Mut verlieren, die den Kampf gegen die Militärpolitik Poincarés bisher erfolgreich führten.

Ein Gegengewicht gegen das Treiben des Stahlhelms ist in dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold geschaffen worden. Daß das Reichsbanner eine Notwendigkeit ist, hat der Magdeburger Frontsoldaten-Tag erneut bewiesen. Das Reichsbanner hielt gestern in München eine Kundgebung ab, zu der Oberpräsident Hörsing aus Magdeburg erschienen war. Die Münchener Polizei verbot Aufmärsche jeder Art und das Tragen der Reichsbanner-Uniform. Indessen demonstrierte der Stahlhelm in dem festlich geschmückten Magdeburg mit Paraden. Feststottesdienst usw. Eine verkehrte Welt: die Republikaner unterliegen in der Republik allen denkbaren Beschränkungen, während die Gegner der Republik volle Freiheit haben. Hier ist zum mindesten gleichmäßige Behandlung zu verlangen. Wie wäre es, wenn der neue Reichsinnenminister Dr. Schiele einmal diese Frage aufrollte und entweder mit der preußischen Regierung über ein Verbot der öffentlichen Stahlhelm-Kundgebungen oder mit Bayern über die Gestattung der Reichsbanner-Kundgebungen verhandelte?

Wie peinlich die Stahlhelm-Entschließung auch von rechtsstehenden Kreisen empfunden worden ist, geht daraus hervor, daß Dr. Stresemann, der vom „Montag Morgen" mit der Entschließung in Zusammenhang gebracht wurde, bereits heute vormittag Strafantrag gegen das Blatt gestellt hat. Stresemann wird noch manche anderen Unannehmlichkeiten erleben, die ihm von seinen neuen „Freunden" bereitet werden.